

## **Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken**

### **Globale Krisen und die Notwendigkeit einer „Großen Transformation“, Teil I**

Finanzen, Klima, Ökologie, Ernährung – wir erleben gegenwärtig eine gefährliche Dynamik sich gegenseitig beeinflussender globaler Krisen. In drei Schritten will ich diese Krisen analysieren und Initiativen und Wegmarken vorstellen, die umfassende Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft fordern. Denn es ist höchste Zeit, die Größenordnung der Herausforderungen gebührend ernst zu nehmen und die politischen Rahmenbedingungen für einen Kurswechsel zur Nachhaltigkeit zu schaffen.

#### **Zusammenschau der Krisen – Wechselwirkungen bzw. gegenseitige Verursachung**

Leitendes Interesse bei der Ausarbeitung des Überblicks sind die Auswirkungen der Krisen auf die sogenannten Entwicklungsländer. Da jeder Aspekt einer Krise eine umfangreiche Aufarbeitung erfordert, erscheint es vermessen, mehrere Krisen gleichzeitig in den Blick nehmen zu wollen. Meines Erachtens kann aber gerade eine Zusammenschau der Krisen und ihre Wechselwirkungen die Notwendigkeit einer Großen Transformation verdeutlichen. Um einen Überblick zu ermöglichen, muss ich eine Reduzierung komplexer Fragen vornehmen und Aspekte der Krisen unterschiedlich gewichten. Folgende globale Krisen fügen sich wie Puzzleteile zusammen:

##### **1. Die Finanzmarktkrise**

##### **2. Der Klimawandel**

Er ist Katalysator für viele weitere Konflikte.

##### **3. Die ökologische Krise.**

Hierher gehören die Themen: Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Zerstörung der Lebensgrundlagen, die Wachstumsproblematik, Biodiversität u.a.m.

##### **4. Die Ernährungskrise.**

Hier werden auch Themenfelder wie Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit in den Blick genommen. Sie betreffen auch die reicheren Länder des Nordens und stehen in enger Beziehung zu den Finanzmärkten.

Für alle 4 Krisen tragen die Entwicklungsländer entweder absolut oder relativ zu ihren Wirtschaftsleistungen die höchsten Kosten. Bei der Nahrungsmittelkrise und der Finanzmarktkrise sind diese Kosten real schon angefallen, z.B. in Form von höheren Importpreisen für Nahrungsmittel, ungünstigen Finanzierungsmöglichkeiten oder dramatischen Exporteinbrüchen.

## 1. Die Finanzmarktkrise

Die Finanzmärkte stelle ich in den Mittelpunkt der Betrachtung, weil die riesigen Kapitalflüsse rund um den Erdball bei weitem alles übersteigen, was an Kapital notwendig ist zur Finanzierung der Produktion, aller Importe, Exporte und Auslandsinvestitionen. Laut Weltbank dienen nur 2,5 % des gesamten Jahresumsatzes in Höhe von z. Zt. 300 Billionen US \$ der Abwicklung realwirtschaftlicher Geschäfte. 97,5% bestehen aus Spekulationsgeschäften. Das hat dazu geführt, dass viele Industriefirmen mehr und mehr zu großen Banken wurden, die Finanzspekulationen betreiben mit angehängter kleiner Produktion (z.B. Hersteller von Luxusautos, Pharma-unternehmen u.a.m.). Riesige Geldmengen sind vorhanden, die Anlagemöglichkeiten suchen, neue Gewinne erzielen und sie steigern wollen.

Weltweit wurden die Reichen immer reicher, auch in Deutschland: Nach dem Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2012 besitzt 1% der Deutschen soviel wie 50 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands. In den letzten 20 Jahren hat sich das Geldvermögen in Deutschland um das 7-fache vergrößert. Besaß 1998 die untere Hälfte der Bevölkerung noch 4% des Geldvermögens, so besitzt sie heute nur noch 1 %. Die Zahl der Millionäre hat einen Höchststand.

Schattenbanken ("Heuschrecken") sind wahrscheinlich die größte Gefahr für die Weltwirtschaft. Als Schattenbanken werden Finanzinvestoren bezeichnet, die mit einem spekulativen Einsatz ihres Kapitals möglichst hohe Renditen erzielen wollen. Dazu zählen Anlagegesellschaften, die das Geld von reichen Institutionen und superreichen Privatleuten verwalten, ohne den Regeln von Banken zu unterliegen. Das können Beteiligungsgesellschaften sein, spekulativ arbeitende Hedgefonds, aber auch Zweckgesellschaften, in denen Banken Geldgeschäfte tätigen, um Eigenkapitalanforderungen und die Bankenaufsicht zu umgehen. Meist legen diese Schattenbanken das Geld ihrer Anleger in Steueroasen diskret, ohne Kontrolle, mit hohen Renditen an. Sie sind eine Gefahr für die Weltwirtschaft: Mit wenig eigenem Kapital können sie hohe Kredite aufnehmen und in hochspekulative Geschäfte mit Kreditversicherungen oder Finanzderivaten investieren. Sie kaufen Geschäftsbanken ihre faulen Kredite ab. Das Risiko, das in den giftigen Papieren schlummert, ist nicht weg, allein der Risikoträger hat gewechselt. Wenn die Spekulationsblasen platzen, werden Anlagen wertlos und das System ungedeckter Kredite bricht zusammen, ein Domino-Effekt kann entstehen und zum Zusammenbruch des Finanzsystems führen. Mit 60 bis 70 Billionen Dollar (nach Angaben des

Finanzstabilitätsrates) ist ihr Geschäftsvolumen größer als die Wirtschaftsleistung aller Länder zusammen, ist also höher als das Bruttosozialprodukt der ganzen Welt. Gleichzeitig zementieren die Schattenbanken ihre Macht in den großen Finanzinstitutionen. Der US-amerikanische Hedgefonds Black Rock ist der größte Einzelaktionär der Deutschen Bank. Über vielfältige Verästelungen halten diese Finanzinvestoren große Anteile an den Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch (Quelle: Publik Forum). Die Süddeutsche Zeitung berichtete Anfang Juli, dass China ein Imperium aus Schattenbanken bekämpfen muss, das dort unkontrolliert und gefährlich neben den Banken entstand und das Bankensystem dort ins Wanken bringt. Die im September 2013 vorgelegten Regeln der EU-Kommission erlauben immer noch Geldmarktfonds, obwohl der Europäische Systemrisikrat (ESRB) und der globale Finanzstabilitätsrat (FSB) ein Verbot von Geldmarktfonds empfohlen hatten. Lediglich nach 3-jähriger Übergangszeit wird ein Kapitalpuffer von 3% auf die Bilanzsumme gefordert. Die Bundeskanzlerin hat angekündigt, sich beim G20 Gipfel im Herbst d. J. für eine globale Regulierung der Schattenbanken einzusetzen.

### **Wie kam es zu dieser Entwicklung auf den Finanzmärkten?**

Das **Bretton-Woods-System** (die Währungen der Länder waren durch ein festes Umtauschsystem miteinander verknüpft auf Basis des Gold-Dollar-Standards = Festkurssystem) musste Anfang der 70er Jahre aufgelöst werden. Die Welt war überschwemmt mit Dollars wegen des Vietnamkriegs und europäischer Finanzpolitik. Die USA mussten die Einlösbarkeit der Dollars in Gold aufkündigen.

Nun wurden **flexible Wechselkurse** eingeführt, die bestimmt waren durch Angebot und Nachfrage mit der Hoffnung auf marktgerechte Umtauschverhältnisse. Aber: Auf- und Abwertungen der Währungen durch Regierungen brachten heftige Wechselkursschwankungen. Es entstand an den Devisenmärkten ein Bedarf an Verlässlichkeit und Absicherung gegen Wechselkursschwankungen und Preisänderungsrisiken.

Dem dienten **die derivativen (abgeleiteten) Finanzinstrumente**, die Termingeschäfte. Das sind Versicherungen gegen Preis- und Kursverfall zu einem bestimmten Zeitpunkt (hierzu gehören die Futures und die Optionen). Ende der 80er Jahre setzte ein Boom dieser Finanzinstrumente ein. Devisen, Aktien, Kredit- und Zinsgeschäfte und Geschäfte für Rohstoffe (Kaffee und Erdöl) wurden damit versichert. Diese Versicherungen wurden nun wiederum verkauft und es entstand ein riesiger Handel mit solchen Finanzinstrumenten (Versicherungen vereinfacht genannt). Zwischen 1992 und '98 stiegen diese an den Börsen gehandelten Derivate um mehr als 300 %. Außerhalb der Börse gab es darüber hinaus noch

einen Handel mit Derivaten, der etwa um 1000 % zunahm. Dadurch entstanden jenseits von Produktion, Kauf und Verkauf Finanzgeschäfte in unvorstellbaren Größenordnungen.

Eine weitere negative Entwicklung: **Die öffentlichen Finanzen werden in extreme Abhängigkeit von den Finanzmärkten gebracht.** Jahrelang wird mit Verlagerung von Kapital gedroht, wenn nicht die Steuern für Unternehmen, hohe Einkommen und Kapitalvermögen gesenkt werden. Es wird der „schlanke Staat“ gefordert. Die öffentlichen Hände werden künstlich arm gemacht. Dann übernehmen die Finanzmärkte und Privatunternehmen öffentliche Aufgaben.

Durch die Aufhebung der **Glass-Steagall-Gesetze in 1999 in den USA zur Deregulierung und Liberalisierung** (keine Kapitalverkehrskontrollen, uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit für Banken, Zulassung von nicht kontrollierten Finanzplätzen), durch Computer-Handel und durch weltweite Vernetzung aller Handelszentren wird die ungeheure Aufblähung der Finanzmärkte ermöglicht. In der Folge sinkt in Großbritannien die Bedeutung seiner Realwirtschaft, da dort 10 % des Bruttoinlandsprodukts allein von den Finanzmärkten erbracht werden. Mit derivativen Finanzinstrumenten wurden nun nicht mehr Marktrisiken abgesichert, sondern in erster Linie spekuliert. Was einmal ein Sicherungsinstrument war, wurde nun ins Gegenteil verkehrt, es wurden daraus große Risikogeschäfte (Wetten auf Zukunft), die die Risiken auf den Märkten noch steigerten. Das Ergebnis: die Finanzgeschäfte hatten in größtem Umfang keine Grundlage und keinen Gegenwert in Realgeschäften.

**Die weltweit vorhandene Geldmenge setzte einen eigenständigen Spekulationskreislauf in Gang.** Suchten in den frühen Zeiten des Industriekapitalismus noch die Unternehmen nach Geld, um ihre Investitionen tätigen zu können, um so die Produktion zu steigern, drehte sich dieses Verhältnis nach und nach um. Nun waren es immer größere Vermögen, die auf der Suche nach guten und renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten waren, die die Industrie vielfach nicht mehr bieten konnte. Zu diesen Finanzinvestoren gehören nicht nur die Investmentbanken, sondern auch Pensionsfonds und Versicherungsunternehmen (wir sollen privat vorsorgen), die 80 Billionen US-Dollar verwalten und damit zu einem mächtigen Akteur in Wirtschaft und Politik geworden sind.

**Diese Akteure verlassen sich nicht mehr auf langfristige wirtschaftliche Kennziffern** (Konjunkturlagen); es spielen in viel größerem Maß Erwartungen eine Rolle (psychologische Gründe, Kursfantasien, Ängste vor Einbrüchen). So brachte die Information über ein angebliches Nasenkarzinom von Präsident Reagan den Dow Jones zum Einbruch. Erwartungen oder Ängste bewirken einen rasanten Anstieg bestimmter Werte oder Absturz

und schockartige Marktpreisänderungen. Riesige Gewinne oder Verluste waren das Ergebnis und viele Krisen in vielen Ländern oder Regionen die Folge.

Nach dem Platzen der Dotcom-Blase in 2000 (New Economy) pumpte die US-Regierung finanzielle Mittel in die Wirtschaft, um sie wieder anzukurbeln. Die niedrigen Zinsen führten zu einer weiteren Ausweitung des bereits aufgeblähten Bankensektors. Banken verschuldeten sich günstig, um das Geld in Finanzprodukte zu stecken. Staaten und Privatpersonen nutzten die billigen Kredite für den verstärkten Konsum oder für Anschaffungen wie Häuser oder Autos, die sie sich vielfach eigentlich nicht leisten konnten. Folgen hatte das auch für den Aktienhandel: der Handel damit nahm rasant zu. Die Umschlagsgeschwindigkeit stieg und Aktien wurden nicht mehr nach dem tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gehandelt, sondern danach, was sich durch Kauf oder Verkauf damit an Gewinnen erzielen lässt. Deshalb ging es in erster Linie um Kurspflege und darum wie man den Aktionären mehr Gewinne verschaffen kann. Anleger verlangen eine Mindestverzinsung ihres Kapitals, das sie in Aktien gesteckt haben. Damit ist ein Druckmittel vorhanden, das den Unternehmen bestimmte Gewinnmargen vorschreibt (die Deutsche Bank sprach von 25%). Lohndumping ist die Folge, Entlassungen von Arbeitern, Anschaffungsinvestitionen unterbleiben etc. Überzogene Renditeerwartungen von Anlegern und Banken gehen dabei weit über die Steigerungsmöglichkeiten der Realwirtschaft hinaus. In den 90er Jahren stiegen in vielen Ländern die Arbeitslosenzahlen zu Massenarbeitslosigkeit, während die Aktien Höchststände hatten (s. derzeit in Europa).

**Zusammenfassung:** Die Folge waren weitgehend deregulierte Märkte, die es der Finanzbranche ermöglichten, immer mehr und ausdifferenziertere, letztlich aber undurchschaubare Produkte auf den Markt zu bringen, die eine hohe Rendite bei vermeintlich niedrigem Risiko versprachen. Durch die neu erfundene Möglichkeit, Kredite zu bündeln und scheinbar als Wertpapiere an Investoren zu vergeben (Verbriefung) schien es plötzlich möglich, risiko- reiche Kredite in scheinbar sichere Wertpapiere zu verwandeln. Die Bank, die den Kredit vergab, hatte so das Risiko ausbleibender Zahlungen an den Investor weitergegeben, der das Wertpapier kaufte und weiter verkaufte. Dem Missbrauch in der Kreditvergabe war gerade bei den Hypothekendarlehen Tür und Tor geöffnet: Die Zinsen waren niedrig, Kredite konnten ohne die übliche Bonitätsprüfung vergeben werden. Als das System kollabierte, zeigte sich, dass viele Banken selbst nicht ausreichende Rücklagen gebildet hatten. Die Banken trauten einander nicht mehr und liehen sich gegenseitig kein Geld. Die Staaten mussten mit Milliarden Krediten das Bankensystem retten. Es hätte u. U. auch eine andere Möglichkeit gegeben: die Regierungen hätten das Geld auch den Schuldern

geben können, damit sie ihre Kredite zurückzahlen könnten, was auch zur Stabilisierung geführt hätte (David Graeber). Die Bonität nicht nur der Banken, sondern auch der Staaten sank. Viele Staaten mussten sich immer höher verschulden, um Zinsen und Tilgung leisten zu können und gerieten in massive Abhängigkeit von Finanzmärkten und Ratingagenturen. Deutschland dagegen spart dank der Eurozonenkrise durch niedrige Zinsraten im Zeitraum 2010 - 2014 ganze 40,9 Milliarden Euro auf Kosten der EU-Krisenländer, die sich nur unter hoher Zinslast refinanzieren können. Bankenrettungen ohne Gläubigerbeteiligung kommt in erster Linie großen Anteilseignern der Banken zugute. Finanzmärkte wurden zur 5. Gewalt (Rolf Breuer, ehem. Vorstandssprecher der Dt. Bank) „Die internationalen Finanzmärkte haben die Kontrolle über die nationale Politik übernommen“ (Hans Tietmeyer, ehem. Präsident der dt. Bundesbank, 1996). Bundeskanzlerin Merkel: wir haben eine „marktkonforme Demokratie“ (kein demokratiekonformer Markt). Staaten gerieten unter den Einfluss der Finanzmärkte. Die Folge: massive Abhängigkeit. Staaten stehen unter- einander in einem Wettbewerb, um Wohlwollen und Investitionen großer internationaler Konzerne. Eine entsprechend genehme Finanz- und Wirtschaftspolitik wird von ihnen erwartet, da es sonst zu Kapitalflucht, höheren Zinsen und Währungsabwertungen an den Kapitalmärkten kommt (Ratingagenturen wachen darüber).

### **Reformen?**

Die USA haben 2010 das umfangreichste Reformpaket (Dodd-Frank-Act) in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Es ist ein großes Rahmenwerk. Die Umsetzung der Reform wird jedoch durch Republikaner und Lobbyisten behindert und blockiert. In der EU gibt es Finanzmarktregulierungen (MIFID I u. II; Richtlinie der EU zur Harmonisierung der Finanzmärkte im europäischen Binnenmarkt) allerdings mit vielen Ausnahmen und zeitlichen Verschiebungen. Banken haben zur schrittweisen Umsetzung der neuen Eigenkapitalforderung (bis 10 %) Zeit bis 2019 (Basel III). Hedgefonds und Ratingagenturen müssen zwar Transparenz herstellen, es gibt aber keine Regulierung! Ohne Eingriffsmöglichkeit ist die Transparenz wertlos. Rohstofffirmen müssen Transparenz über Produktion, Verkäufe und Gewinne (Konfliktrohstoffe) herstellen, aber die Bundesregierung will keine Übertragung dieses Prinzips auf alle Großkonzerne. Es gibt eine Banken-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht, aber keine Durchgriffsrechte auf nationale Banken. Die EZB erhält die Bankenaufsicht für die Eurozone (Großbanken). Eine Trennung von Investmentbanking und dem übrigen Bankgeschäften ist noch nicht durchgesetzt. Das Europaparlament soll Akteneinsicht erhalten. Whistleblower sollen stärker geschützt werden (Quelle: Inkota, Südlink, März 2013). Nach langen Verhandlungen einigten sich am 14.

Januar 14 EU-Kommission, Europaparlament und der Rat der Finanzminister auf eine allgemein begrüßte Reform der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II). Sie muss noch in nationales Recht umgesetzt werden. Zentraler Bestandteil sind strengere Regeln für den computergesteuerten Hochfrequenzhandel sowie für die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Vor allem Großbritannien sorgte mit starkem Widerstand am Ende für einige Aufweichungen und teils lange Übergangsfristen. Die starke Liberalisierung der Finanzmärkte hatte in den letzten Jahren zunehmend komplexe und hochriskante Finanzprodukte hervorgebracht, welche Transaktionen immer schneller und komplexer gemacht haben. MiFID II sieht für diesen Hochfrequenzhandel nun automatische Handelsunterbrechungen vor, wenn es auf dem Markt zu starken Preisschwankungen kommt. Zudem müssen die für den Computerhandel benutzten Algorithmen getestet werden. Die Einführung beaufsichtigter elektronischer Handelsplattformen soll darüber hinaus für mehr Transparenz im außerbörslichen Handel sorgen. Nahrungsmittelspekulation soll nach MiFID II derweil durch Spekulations-Obergrenzen für Händler eingeschränkt werden. Die neuen Regeln werden erst im Jahr 2017 in Kraft treten. Nichtregierungsorganisationen kritisierten aber, dass die Neuregelung auch im Bereich Verbraucherschutz nicht weit genug gehe. Der Vorschlag des EU-Parlaments, Mindestdauern für Angebote einzuführen, wurde vom Rat nicht akzeptiert. Auch für die Beschränkung der Nahrungsmittelspekulation fällt die Resonanz gemischt aus, da Ausnahmen für die mächtige Agrarlobby vorgesehen sind. So werden Positionslimits auf nationaler Ebene festgesetzt - und nicht europaweit, was dazu führen kann, dass das Land mit den schwächsten Regeln die Standards vorgibt (venro, Deine Stimme gegen Armut 1/2014). Nach Finance Watch ist der Anwendungsbereich der Regelung auf Derivate- und Anleihe- märkte ein begrüßenswerter Schritt. Sehr viel würde aber nun von den zu erarbeitenden Ausführungsbestimmungen zu MIFID II abhängen (Pressemitteilung 15.01.14).

„Der Finanzlobby gelang es, wesentliche Vorschläge zu verwässern. Die beschlossenen Reformen sind voller Ausnahmen, sie sind in einigen Fällen ineffizient und insgesamt zu fragmentiert, um dem systemischen Charakter der Krise Rechnung zu tragen. Es braucht also noch deutlich weiter gehende Reformen als die schon beschlossenen“ (weed-Newsletter Juli 2014). Schattenbanken und Geldmarktfonds sind noch nicht reguliert. Auch für den manipulierten Finanzindexrichtwert (Libor) gibt es noch keine bessere Regulierung. Die im Mai 2014 erfolgte Einigung von 10 Euroländern, eine Börsenumsatzsteuer auf Aktien und einige davon abgeleitete Derivate einzuführen, ist keine Transaktionssteuer, kritisiert der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold. Steuerumgehungen seien leicht möglich. Die neue

Steuer erziele keine relevanten Einnahmen, um die Kosten der Krise zu decken. Auch würde die Steuer die überschäumende Spekulation an den Finanzmärkten nicht bremsen, weil sie auf die meisten Derivate und Anleihen gar nicht erhoben wird. Sie sei eine Steuer für Kleinsparer. (Internetseite Giegold vom 06. Mai 2014).

Erfreulich ist, dass im September 2014 die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine von den Entwicklungsländern (G 77 und China) eingebrachte Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen hat, die die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens fordert. Die UNO verpflichtet sich, im Lauf der 69. Sitzungsperiode bis zum Ende des Jahres ein rechtlich verbindliches Entschuldungsverfahren zu entwickeln. Deutschland stimmte gegen die Resolution und isolierte sich dabei selbst im weiteren Prozess die UNO.

**Steueroasen und Steuerflucht:** Die USA machen Druck auf Steueroasen. Damit Schweizer Banken in den USA nicht wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung verfolgt werden, müssen Schweizer Banken gemäß einem Abkommen der USA mit der Schweizer Regierung hohe Geldbußen zahlen und Informationen über Kapitalanleger an die USA weiter geben (Quelle: dpa). Man vergleiche das Abkommen, das Finanzminister Schäuble wollte. Die EU-Finanzminister einigten sich in Luxemburg auf Änderungen der Richtlinie für Mutter-Tochtergesellschaften, um sowohl Steuerflucht als auch weiterhin Doppelbesteuerung zu verhindern (Umsetzung in nationales Recht bis 31. Dezember 2015). Das Europäische Parlament hat im Februar den Weg für ein Anti-Geldwäsche-Gesetz frei gemacht, das unter anderem ein öffentlich zugängliches Register für wirtschaftlich Verantwortliche fordert. Finanzminister Schäuble möchte auch andere gleichwertige nationale Lösungen zulassen. Das könnte eine Hintertür sein, um die Forderung nach einem einheitlichen Register aufzuweichen. Der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold klagt bezüglich Geldwäsche: „Es werden ja noch nicht mal die bestehenden Gesetze vollzogen“ (Süddeutsche Zeitung vom 07.04.14).

**Insgesamt führen diese Regulierungen weder dazu, die anfangs genannten riesigen weltweiten Kapitalströme mit ihren reinen Finanzspekulationen zu reduzieren, noch Kapital seinem wünschenswertem Zweck zu zuführen: der vorrangigen Finanzierung der Realwirtschaft.**

**Neue Krisenanzeichen:** Vielfach haben Banken und Investoren wieder begonnen, das günstige Geld der Zentralbanken für spekulative Zwecke zu nutzen. Grundlegende ökonomische und strukturelle Ungleichgewichte wurden nicht angeglichen. USA konsumieren kreditfinanziert mehr als sie produzieren.



**Neue Probleme:** Geierfonds kaufen Schuldtitel von zahlungsunfähigen oder ehemals zahlungsunfähigen Staaten, um dann vor Gerichten die volle Schuldsomme einzuklagen. Dass dieses Geschäftsmodell jedes finanzschwache Land an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs führen kann, erlebt derzeit das G20-Mitglied Argentinien.

**Investitionsschutzabkommen:** In neuen Freihandelsverträgen mit Drittstaaten schreibt die EU den Schutz von Investitionen fest. Vom vorgesehenen internationalen Schlichtungsverfahren profitiert mit riesigen Summen ein Klub von Anwaltsfirmen. Beispielsweise hat der Britische Konzern Churchill Mining Indonesien auf 1,6 Mrd. Schadensersatz verklagt, weil die Genehmigung zum Kohleabbau gefälscht war. Ein Gericht hat diese Fälschung festgestellt und der Kohleabbau wurde annulliert. Umgekehrt wurden laut UNCTAD (Handelsbehörde der UN) Europäische Regierungen deutlich öfter von Unternehmen vor internationale Schiedsgerichte gezerrt als zuvor. 2013 starteten Investoren demnach 57 neue Klagen. 24 davon wurden gegen EU-Staaten eröffnet, doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Firmen fordern bis zu einer Milliarde Dollar Schadensersatz, - pro Fall. So klagte 2009 der schwedische Energiekonzern Vattenfall vor einem ICSID-Tribunal gegen Deutschland (Grundlage: Energie-Charta). Die Auflagen (wegen Beeinträchtigung der Wasserqualität der Elbe), die die Hamburger Umweltbehörde bei der Betriebsgenehmigung für das Kohlekraftwerk machte, waren der Grund für die Klage. Vattenfall forderte 1,4 Milliarden € Schadensersatz. Das Verfahren endete mit einem Vergleich, bei dem die ursprünglichen Auflagen zugunsten des Betreibers aufgeweicht wurden.

### **CETA, TTIP und TISA**

Wegen des Scheiterns der WTO-Verhandlungen (die Industrieländer wollten Liberalisierungen von Investitionen und Dienstleistungen durchsetzen, die Entwicklungs- und Schwellenländer Zugeständnisse vor allem im Agrarbereich; Indien blockierte zuletzt ein Abkommen), versuchen EU, Kanada und USA nun zunehmend, ihre Liberalisierungsstrategie auf andere Weise durchzusetzen.

Im **europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA** hat sich die EU-Kommission mit ihren Vorstellungen von weitgehenden Investitionsschutzklauseln durchgesetzt. Kanadische Konzerne könnten so die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Bundesländer auf Schadensersatz verklagen, wenn demokratische Gesetzesänderungen, rechtsstaatliches Handeln von Behörden oder Gerichtsentscheide ihre Gewinne schmälern. Auch kanadische Tochterfirmen US-amerikanischer oder sogar europäischer Konzerne könnten diese Klauseln nutzen. CETA würde ein Verbot von Fracking in Europa erschweren und in Kanada Medikamente teurer

machen. Noch ist das Abkommen nicht ratifiziert.

Liberalisierung von Investitionen bei gleichzeitiger Stärkung des Investorenschutzes auf höchstem Niveau, steht ganz oben auf der handelspolitischen Agenda der EU in Gesprächen mit den USA über die „**Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft**“ (TTIP). **Da der große Kampf im Welthandel der Zukunft sich um Normen, Standards und Staatshilfen drehen wird, nicht mehr um Zölle, sollen mit einer transatlantischen Freihandelszone Vorteile im Wettbewerb gesichert werden.** Das Vorsorge- und das Verursacherprinzip im europäischen Umweltrecht würde dann als Handelshemmnis gelten und müsste beseitigt werden. Nicht nur soziale und ökologische Standards und Arbeitnehmerrechte könnten gefährdet werden. Vielmehr würde TTIP Rekommunalisierungen erschweren und öffentliche Dienstleistungen unter Druck setzen. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen befürchten, dass die bei TTIP getroffenen Investitionsbestimmungen in Zukunft als Muster für weitere Abkommen zwischen ihnen und den beiden Wirtschaftsmächten des Nordens dienen würden. Das würde die am wenigsten entwickelten Staaten besonders treffen, deren landwirtschaftliche Waren den europäischen Markt heute noch zollfrei erreichen. Laut einer Studie des ifo-Instituts, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, würde TTIP reale Einkommens- und Beschäftigungsverluste vor allem in Ländern wie Mexiko (-7,2% ) oder Äthiopien (-3,6%) nach sich ziehen. Durch das Investor-Staat-Schiedsverfahren sollen Unternehmen das Recht erhalten, Staaten vor Sonderschiedsgerichten zu verklagen, wenn z.B. eine Umweltschutzaufgabe oder andere staatliche Maßnahme die Investitionsgewinne eines Unternehmens beeinträchtigen. Diese Schiedsgerichte stehen außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit, unterminieren rechtsstaatliche Prinzipien und führen Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Eine Berufung oder Revision gegen die Entscheidung der drei Schiedsrichter ist nicht möglich. Auch Kommunen und Bundesländer könnten vor internationalen Schiedsgerichten durch Investoren auf Schadensersatz verklagt werden. Kritiker des geplanten Freihandelsabkommens TTIP warnen auch vor einem Supergremium, das offenbar die US-Regierung und die EU- Kommission gemeinsam einrichten wollen. In dem Regulatory Cooperation Council RCC (Rat zur regulatorischen Kooperation) sollen Gesetzesvorhaben eng mit Lobbygruppen abgestimmt werden, ohne dass nationale Parlamente rechtzeitig einbezogen werden können. TTIP als sich weiter entwickelnder Vertrag (living agreement) wird Mechanismen enthalten, die sich gegen Regeln und Schutzvorschriften wenden werden. Aber statt Normen und Standards abzuschaffen, wären neue Regelungen für Ressourcenschonung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte im Handel

notwendig.

### **TiSA (Trade in Services Agreement)**

Mit 23 Staaten verhandeln USA und EU seit Monaten geheim ein Abkommen zur Deregulierung von Dienstleistungen, das anstelle des bestehenden Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der Welthandelsorganisation treten soll. Die Öffentlichkeit sollte den Text des Abkommens eigentlich erst fünf Jahre nach einem möglichen Vertragsabschluss sehen dürfen. Bei TiSA geht es nicht nur um Finanzen (betroffen wären auch Sparkassen), sondern um weitere Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Straßenverkehr u.a.m.. Nur durch sogenannte "Negativlisten" könnten Bereiche (z.B. Gesundheitsversorgung) aus einer weitreichenden Liberalisierung ausgeklammert werden. Stillstands-Klauseln würden dafür sorgen, dass jetzt oder zukünftig durchgeführte Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen festgeschrieben würden. Im Falle eines Regierungswechsels könnte so die Privatisierung einer bestimmten Dienstleistung nicht mehr zurückgedreht werden, auch dann nicht, wenn private Anbieter versagen würden. Hinter dem TISA-Abkommen stehen international agierende Konzerne (u.a. auch Deutsche Post, Deutsche Telekom oder Siemens), die sich beispielsweise im "European Services Forum" zusammengeschlossen haben.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland äußerte sich zur globalen Finanzmarkt und Wirtschaftskrise im EKD-Text 100 mit dem Titel „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“:

„Langfristig können Krisen dieses Ausmaßes nur durch ein umfassendes Umsteuern der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik bewältigt und verhindert werden. Dabei genügt es nicht, die zutage getretenen Risiken heutigen Wirtschaftens in den Blick zu nehmen. Es ist vielmehr überlebenswichtig, auch die Risiken für die zukünftigen Generationen, für die armen Länder und für die natürlichen Grundlagen des Lebens als Kern künftiger Krisen zu erkennen. Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise muss deshalb über die Veränderung der internationalen Finanzmarktregulierung hinaus zu internationalen Abkommen führen, die der nachholenden Entwicklung in den armen Ländern des Südens, der sozialen Sicherung, der Begrenzung und Milderung der Folgen des Klimawandels und der Sicherung von Ernährung und natürlichen Ressourcen dienen“ (S. 17)

Die Entwicklung im Bereich Finanzmärkte habe ich in größerer Breite dargestellt, weil sich hieraus auch Wechselwirkungen mit den anderen Krisen erkennen lassen. Die Finanzmärkte und ihre Akteure wurden zu den wesentlichen Treibern der Probleme unserer Zeit, die sich in weiteren drei globalen Krisen widerspiegeln:

- 2) Die Klimakrise
- 3) Ökologische Gefahren und
- 4) Armut und Hunger weltweit, soziale Ungerechtigkeit

## **2. Die Klimakrise**

Der Weltklimarat IPCC hat unter Beteiligung von mehreren hundert Wissenschaftlern aus 110 Ländern 2013 einen neuen Bericht vorgelegt, der keinen vernünftigen Zweifel am vom Menschen gemachten Klimawandel zulässt. Auswirkungen des Klimawandels: Im Norden: veränderte Niederschlagsmuster, Starkregen, Hitzewellen. Im Süden: unberechenbare Niederschlagsmuster (Überschwemmungen, Dürreperioden, Stürme). Extreme Wetterereignisse werden begünstigt und sind existenzbedrohend. Die Wissenschaftler erwarten jetzt einen deutlich stärkeren Meeresspiegelanstieg als vor sechs Jahren und eine Versauerung der Ozeane als zusätzliche Bedrohung.

**Der voranschreitende Klimawandel scheint die Krise zu sein, die mittel- und langfristig die größten Herausforderungen für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung weltweit darstellt.** So wurde zum Beispiel in Sambia die Ernte eines gesamten Jahres durch den zu früh eintretenden Regen zerstört. Neben dem Anstieg des Meeresspiegels sind schmelzende Gletscher und geringere Trinkwasserreserven mit Wüstenbildung die Folgen. Die landwirtschaftlichen Erträge in Subsahararegion könnten bis 2020 um 50% sinken. Der steigende Energiekonsum der großen Schwellenländer (China, Indien, Brasilien) verstärkt den Klimawandel.

**Klimawandel könnte als Katalysator für sich vernetzende Konfliktursachen** fungieren: Ressourcenknappheit u. steigender Verteilungskampf, Süßwassermangel und Nahrungsmittelmangel, steigende Urbanisierung und Migration. Schon heute sind die Kernzonen des Klimawandels in Asien, Indien, Bangladesch, Pakistan und Karibik gekennzeichnet von Sturm- und Flutkatastrophen und Migration. Die Andenregion, Nordafrika, die Subsahararegion und das südliche Afrika sind von Degradation von Süßwasserressourcen und durch Rückgang der Nahrungsmittelproduktion bedroht, Nordafrika und die Subsahararegion zusätzlich von Migrationsströmen. Kernstück der EU-Klimaschutzbemühungen (European Union Emission Trading System, EU ETS) ist der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel. Die Luftverschmutzung soll Unternehmen etwas kosten. Sie können die Rechte zum Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub> untereinander handeln. Längerfristig soll der Handel sie zum CO<sub>2</sub>-Einsparen bringen. Laut einer Studie des Öko-Instituts im Auftrag des WWF 2014 erhielten aber gerade energieintensive Unternehmen in der Vergangenheit so

üppige Zertifikate-Freizuteilungen, dass sie durch deren Verkauf satte Zusatzgewinne einstreichen konnten. Derzeit hakt es im System: Der Zertifikate sind viel günstiger zu haben als vorhergesehen. Der Preis eines CO<sub>2</sub>-zertifikats rutschte von 30 € auf 5-7 € ab. Der Emissionshandel soll durch die zeitweise Herausnahme von Zertifikaten aus dem Markt wiederbelebt werden. Diese Maßnahme müsste aber auf nationaler Ebene unterstützt werden durch verbindliche CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die Stromerzeugung in Verbindung mit einem Mindestpreis für Zertifikate, wie sie etwa in Großbritannien bereits eingeführt worden sind. Ein weiteres Problem stellen zweifelhafte Emissionsminderungen dar, die außerhalb Europas erbracht worden sind und auf Klimaschutzziele innerhalb Europas angerechnet werden können.

**Die Klimaallianz** fordert eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Einsparung auf 30% als EU-Ziel bis 2020. Bezüglich **Klimaschutz und Energiewende** gilt laut der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“: Wir müssen weg vom kohlenstoffbasierten Verbrauch! Kohlekraftwerke sind dabei besonders problematisch wegen ihres hohen CO<sub>2</sub> -Ausstoßes und der Herkunft der Kohle (Braunkohletagebau oder Steinkohleabbau in Entwicklungsländern mit hohen ökologischen Schäden). Zu große Risiken liegen im Hydraulic-Gasfracturing. Ein Ausbau des Gasfrackings würde nur weiter den Umbau der Energieversorgung verzögern. Erfreulich ist dass 2014 im Vorfeld des Weltklimagipfels Ende dieses Jahres in Lima und auf dem Weg zu einem neuen, weltweiten Klimaabkommen in Paris Ende 2015 Fortschritte in den Verhandlungen zu verzeichnen sind.

**Klimaauswirkungen auf Entwicklungsländer:** Sie müssen 75–80 % der Kosten des Klimawandels schultern (Schätzung) und sind durch Klimawandel stärker verwundbar. Landwirtschaft und Fischerei sind in diesen Ländern dem Klimawandel besonders ausgesetzt; Kapazitäten zum Gegensteuern sind nicht vorhanden, weil sie eine geringe Wirtschaftsleistung, hohe Armutsraten u. geringes Bildungsniveau haben. Ihre Einnahmen verringerten sich durch Exporteinbrüche und durch sinkende Produktion. Auf der andern Seite mussten sie höhere Ausgaben tätigen wegen Ölpreissteigerungen, die durch große Finanzinvestoren mit verursacht wurden, die sich in der Finanzkrise auf Rohstoffe stürzten. Der Fonds für Klimafinanzierung in Entwicklungsländern ist chronisch unterfinanziert. Die Bildung dieses Fonds durch reichere Länder ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern Reparationszahlung für Schäden. Generell ist festzuhalten: Weniger Klimaschutz ist der größte Armutstreiber. Die wichtigste Maßnahme in Entwicklungsländern ist der Schutz der Wälder und Böden.

### 3. Die Ökologische Krise

Schon 1972 und in den Folgejahren zeigte der Club of Rom Grenzen des Wachstums auf. Unser Wachstum ist ein unwirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftsleistung ist mit hohem Ressourceneinsatz verbunden. Die fortwährende Wachstumsorientierung ist deshalb ein ökologisches Katastrophenmodell. Aber unsere sozialen Sicherungssysteme sind auf Wachstum angewiesen. Für die Ankurbelung der Konjunktur nehmen wir so hohe ökologische und soziale Folgekosten in Kauf, dass die erzeugte Wirtschaftsleistung eigentlich schon lange „unwirtschaftlich“ geworden ist. Eine „Ökonomie des Genug“ muss allen Bürgern ein gedeihliches Leben ermöglichen, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.

**Ressourcenverbrauch:** Die Studie Zukunftsfähiges Deutschland zeigt auf: Erschöpfte Lagerstätten führen zu Ressourcenkonflikten. Unsere Naturbeanspruchung hat die Regenerationsfähigkeit bereits überschritten und der Ökologische Fußabdruck führt vor Augen: wenn alle so leben würden wie wir, bräuchten wir vier Erden. Die maximal zu erzielende Ölausbeute ist erreicht bzw. überschritten. In 10-15 Jahren ist die Hälfte aller übrigen Ressourcen aufgebraucht. Die USA, EU, Japan besitzen 8% der weltweiten Eisenerzvorkommen, verbrauchen aber 42 % des Gesamtvorkommens; bei Nickel sind es 2% eigene Vorkommen und 66% des Weltverbrauchs, bei Blei 12% und 57% des Gesamtvorkommens. Über diese Aneignung der weltweiten Rohstoffe hinaus, ist der Rohstoffabbau sehr oft mit Verletzung der Grundrechte Indigener verbunden z.B.: durch Fa. Glencore, Schweiz, bei Kupfer- und Goldabbau in Indonesien und im Kongo. Fa. Drummond, die Steinkohle abbaut, wird beispielsweise vorgeworfen, in Kolumbien paramilitärische Einheiten finanziert und Auftragsmorde an Gewerkschaftsführern angeordnet zu haben. Mit dem Rohstoffabbau gehen oft hohe ökologische Schäden einher. Das Wegsprengen ganzer Bergspitzen zum Steinkohleabbau ist eine der umweltschädlichsten Formen der Kohlegewinnung überhaupt. Beim Diamantabbau (Blutdiamanten), bei der Kupfergewinnung und an vielen andern Stellen der Rohstoffgewinnung gehen massive ökologische Schäden mit Ausbeutung der Arbeiter und Korruption einher. Die Menschheit verbraucht pro Jahr 50 Prozent mehr Ressourcen, als die Erde innerhalb dieses Zeitraums regenerieren und damit nachhaltig zur Verfügung stellen kann. Beim Biodiversitätsverlust, beim Klimawandel und beim Stickstoffkreislauf sind die Belastungsgrenzen überschritten (WWF-Living-Planet Report 2014). Der Markt allein ist nicht imstande den Naturverbrauch zu begrenzen, noch eine faire Verteilung der Güter zu gewährleisten. Im Bergbau, in der Agroindustrie wie in der Bekleidungsindustrie werden Sozialstandards nicht eingehalten. Eine gesetzliche

Zertifizierung könnte Verbesserungen erbringen, wenn eine unabhängige Überprüfung gegeben wäre und wenn sie verbindliche Sozialstandards enthielte, die zur Umsetzung folgender Rechte beitragen: das Menschenrecht auf Nahrung und das Recht auf Wasser; internationale Normen für Arbeitsschutz und Arbeitsrechte; die Rechte der indigenen Völker.

**Regenwaldrodung:** Firmen und Länder wollen neue Einnahmequellen mit hohen Gewinnen erschließen. Um Flächen für den Anbau von Ölpalmlantagen und für Sojaanbau (Futtermittelsexport) zu gewinnen, wird in großem Stil Regenwald abgeholzt. 13 Millionen ha Wald = pro Sekunde mehr als 1/2 Fußballfeld meist für Palmöl- und Sojaanbau, wurden abgeholzt; pro ha werden 3450 to CO<sub>2</sub> frei. In Indonesien wurde Regenwald für 16 Mio. ha Palmölplantagen gerodet. 5000 Landkonflikte entstanden dabei, weil Menschen vertrieben oder ungerecht behandelt wurden.

**Biodiversität:** Die Artenvielfalt schrumpft dramatisch. Dadurch gerät auf lange Sicht das gesamte Ökosystem aus dem Gleichgewicht – mit schwerwiegenden Folgen auch für uns Menschen (Umweltbundesamt). Das Artensterben läuft derzeit mit tausendfacher Beschleunigung ab, schneller als aus evolutionären Gründen erklärbar ist. Mehr als 17.000 Arten sind davon akut bedroht. Schuld daran ist nach Ansicht der Wissenschaftler vor allem der Mensch, der aus wirtschaftlichem Interesse Lebensräume wie Urwälder oder Korallenriffe zerstört. (BR- Wissen).

**Biopiraterie:** 90 % der biologischen Vielfalt ist in den Entwicklungsländern vorhanden. Das ist der Reichtum des Südens – aber: Unternehmen aus dem Norden, meist ohne Zustimmung der Regierungen und der indigenen Bevölkerungsgruppen, beuten die genetischen Ressourcen und das traditionelle Wissen aus. Mit dem Nagoya-Protokoll versucht man gegen Biopiraterie anzugehen. Brot für die Welt u.a. NGOs beklagen, dass darin die Bedürfnisse von Entwicklungsländern nicht genügend berücksichtigt und die Rechte indigener Völker nicht ausreichend festgeschrieben werden.

**Gentechnik:** auf die grundsätzlichen Fragen der Gentechnik einzugehen, würde hier zu weit führen. Patente auf genetische oder biologische Ressourcen: Die EKD hat nachgerechnet: Schon heute teilen sich 10 Unternehmen weltweit über 70% des Saatgutmarktes. Allein dem US-amerikanischen Agrochemie-Konzern Monsanto sollen fast die Hälfte der patentierten Blumenkohl- und ein Drittel der Tomatensamen in der EU gehören. Mit über 250 europäischen Patentanträgen auf Pflanzen, von denen bis Ende 2002 bereits 39 bewilligt wurden, gehört Du Pont zu den größten Saatgut-Monopolisten (zum Vergleich: Syngenta (Schweiz) hat rund 230 Anträge, Monsanto etwa 180 Anträge, Bayer/Aventis rund 110 Anträge). Ein

Patent auf Mais der Fa. Du Pont wird von der EU widerrufen.

#### **4. Ernährungskrise**

Als unmittelbare Folge der Finanzkrise ist nach Angaben der Weltbank die Anzahl der Hungernden 2009 um ca. 100 Millionen angestiegen. „Es gibt nicht zu wenig Nahrung auf der Welt, sondern zu viel Ungerechtigkeit“ (Brot für die Welt).

Ursachen der Ernährungskrise:

##### **a) Der Klimawandel:**

Die weltweiten Hot-spots des Hungers sind auch die Hot-spots des Klimawandels.

##### **b) Die Finanzkrise:**

Es gibt 4 Transmissionskanäle der Finanzkrise auf die Schwellen- und Entwicklungsländer: Direkte Ansteckung über das internationale Finanzsystem, Rückgang des Außenhandels und Verfall der Rohstoffpreise, Rückgang der Rücküberweisungen und Rückgang der Entwicklungshilfe. Die Schaffung von Arbeitsplätzen unter meist menschenunwürdigen Bedingungen, die ausschließlich von der Nachfrage aus dem Ausland abhängen, ist Hauptbestandteil des Entwicklungsmotors in Entwicklungsländern. Diese Arbeitsplätze, die vielfach von Frauen besetzt sind, fielen nun reihenweise der Finanzkrise zum Opfer oder die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich weiter. In China verloren etwa 25 Mio. Menschen (Wanderarbeiter) ihren Arbeitsplatz. Diamantenschleifer in Indien sowie Textilarbeiterinnen in Vietnam (10% weniger Arbeitsplätze) und Kambodscha verloren reihenweise ihre Arbeitsplätze. Die Preise für Rohöl stiegen deutlich, damit verbunden aber auch die Preise für Nahrungsmittel. Wer nicht viele Rohstoffe exportieren konnte, musste massenweise Leute entlassen: In der Republik Kongo wurden beispielsweise 100.000 Minenarbeiter entlassen, in Südafrika 40.000, in Sambia waren es 8.500 Arbeiter, in Ungarn 100.000, in Indonesien 150.000. Die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer gerieten von zwei Seiten unter Druck: Sinkende Nachfrage einerseits und ein Rückgang der Preise andererseits. Die Nachfrage nach Rohstoffen und verarbeiteten Waren ging zurück. Insgesamt ist das Handelsvolumen im Jahr 2009 um 10,7 % zurückgegangen. Die Exporte an Gütern und Dienstleistungen aus diesen Ländern gingen im Jahr 2009 um 16 % zurück. Sinkende Nachfrage im Exportsektor zog Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft und einen Rückgang informeller Arbeitsplätze nach sich, was die Zahl der Hungernden erhöhte. Betroffen waren ca. 750 Mio. Menschen weltweit. Wegen der Krise zogen sich Hedge-Fonds und andere institutionelle Investoren aus ihren traditionellen Märkten zurück und suchten neue Anlagemöglichkeiten. Dabei entdeckten sie



Rohstoffe, darunter auch Nahrungsmittel als Spekulationsobjekte. Ein wichtiger Faktor in der Ernährungskrise ist dabei die Spekulation mit Nahrungsmitteln, darunter mit wichtigen Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais, Getreide und Öl. Hinzu kamen steigende Importpreise für Nahrungsmittel und ein Anstieg der Nahrungsmittelpreise.

Infolge der Finanzkrise sanken die Staatseinnahmen der ärmeren Länder. Es kam zu Finanzabflüssen (ca. 100 Mrd.) und zu Schwierigkeiten Kapital aufzunehmen. Handelskredite waren für Firmen in Entwicklungsländern nur schwer zu bekommen. Der Zinssatz stieg beispielsweise in Paraguay auf 30%. Die Verschuldung der Privathaushalte, die Kredite in Fremdwährung aufgenommen hatten, stieg ebenso massiv (z.B. in Ungarn). Entwicklungsländer mussten 5-15% Risikoaufschläge auf Kredite zahlen. Manche Schwellenländer hatten ihre Banken stabiler gemacht und viele Devisenreserven angehäuft. In anderen Ländern waren durch die massiven Preisanstiege von Nahrungsmitteln die Devisenreserven weitgehend aufgebraucht, oder sie mussten sogar zusätzliche Überbrückungskredite aufnehmen. **Die Entwicklungsländer mussten die von ihnen nicht verschuldete Finanzkrise mit neuen Krediten bewältigen.** Insgesamt schätzt der IWF, dass die Haushaltsdefizite in 3/4 aller armen Länder im Zuge der Finanzkrise stiegen. Das Risiko dieser Länder stieg, erneut in eine kritische Verschuldungssituation zu geraten, weshalb dann wieder bei Sozialausgaben gespart wurde. Bis zum September 2009 hatten 32 Länder insgesamt 170 Mrd. US-Dollar an neuen Krediten mit dem IWF vereinbart. Auch die Weltbank und UNCTAD verwiesen auf die Gefahr zunehmender Verschuldung und ernster Probleme für bis zu 48 der ärmsten Länder. Sinkende Exporte der Entwicklungs- und Schwellenländer (2009 um 7%), fallende Rohstoffpreise (z.B.: Tanzanite um 50%, Preise für Platin, Gold, Kupfer und Aluminium sanken Ende 2008 um 60- 80%. Ab 2009 wieder langsamer Anstieg) führten zum Rückgang der Staatseinnahmen, was eine Reduzierung der Ausgaben für Ernährungssicherung und soziale Grundsicherung zur Folge hatte.

**Geringere Migrant-Rücküberweisungen** waren ein weiteres Problem. Denn Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Arbeitsmigrantinnen sind 2-3 mal so hoch wie die Entwicklungshilfe weltweit. Sie brachen durch Entlassungen zwischen 6 und 20% ein.

**Der Hunger wuchs durch Explosion der Lebensmittelpreise in 2007/08:** 100 Millionen Menschen konnten sich 2007/2008 aufgrund der Preisexplosion nicht mehr ausreichend Nahrungsmittel leisten und mussten hungern. In 61 Staaten gab es in 2007 / 08 Hungeraufstände. Gründe für die Preisexplosion liegen nach Meinung von Goldman Sachs, OECD, FAO, EU-Kommission darin begründet, dass die Getreide- u. Ölsaatenproduktion

nicht schnell genug steige, im Aufstieg der Schwellenländer (Mittelschicht verbraucht viel Fleisch), in der Nutzung von Bio-Treibstoffen und in der Verteuerung von Rohöl (mit verursacht von Finanzinvestoren). Teurere Düngemittel, höhere Transportkosten kämen hinzu. Die genannten Faktoren spielen eine Rolle, doch die Hauptursache liegt in der **Nahrungsmittelspekulation**. Nach der Liberalisierung/Deregulierung der Gesetze (Glass-Steagall-Act) in 2000 stiegen Goldman Sachs, Morgan Stanley, AIG, UBS, Deutsche Bank, die Allianz u. a. ins Rohstoffgeschäft ein. Mittlerweile haben Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen und eine große Zahl von individuellen Investoren mehr als 600 Milliarden Dollar an den Rohstoffbörsen angelegt (Foodwatch). Die Barclays Bank teilte mit: Der Agrarbereich hat seit Anfang 2010 bis zu 50% Rendite gebracht. Durch die Geldanlagen in Rohstoffen hat sich innerhalb von fünf Jahren die Spekulationen mit Nahrungsmitteln vervielfacht. Der Anteil des rein spekulativen Handels am Gesamtmarkt für Rohstoff-Futures ist von ehemals rund 30 % auf heute etwa 80 % gestiegen. (Foodwatch). Die Statistik belegt: Fließen mehr Anlagen in Agrarfonds, steigen im gleichen Maße die Preise für Nahrungsmittel. Bei den Großbanken in Genf liegen Werbeprospekte für Exchange-Zertifikate für Reis auf. Pensionskassen, institutionelle Anleger und Privatleute können diese Zertifikate kaufen mit der Aussicht auf einen jährlichen Reingewinn von 30 bis 35 Prozent. „Die Spekulation ist absolut mörderisch, aber total legal“, sagt Jean Ziegler, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats. Das Europäische Parlament hat sich für bindende europäische Grenzen für Nahrungsmittelspekulation ausgesprochen. Der Rat hat aber diesen Punkt abgeschwächt und den Mitgliedsstaaten Ermessensspielraum eingeräumt, wie Positionsgrenzen ausgestaltet werden. Der Rat schränkt auch die Auswahl an Handelsplätzen weniger ein. Nach Platzen der Preisblase bei Lebensmitteln können viele Länder wegen der Kreditbelastung die gesunkenen Lebensmittelpreise nicht an die Bevölkerung weitergeben. Weitere Gründe für die Ernährungskrise: eine nachlassende Produktion (Kleinbauern haben kaum Zugang zu ausreichendem Land; Agroindustrie vertreibt Kleinbauern; Billigimporte bedrohen lokale Märkte; einheimische Kleinbauern verlieren ihren Absatzmarkt; Exportlandwirtschaft gefährdet Produktion für heimische Märkte). Nur 47% der Lebensmittelproduktion wird direkt für die Ernährung von Menschen verwendet. 35 % der Lebensmittel werden als Viehfutter benötigt; 13% als Stärke und in der industriellen Produktion und 5% für die Ethanolherzeugung.

**Lebensmittelverschwendung** (rein rechnerisch würden die in Europa und Nordamerika weggeworfenen Lebensmittel drei Mal ausreichen, um alle Hungernden auf der Welt zu ernähren; Quelle: Film „Essen im Eimer“) und Landnutzungskonflikte durch Anbau von

Viehfutter und Energiepflanzen für Agrosprit, anstelle von Lebensmitteln, verschärfen die Ernährungskrise. Die BRD führt Futtermittel von 2 Millionen Hektar Fläche aus Entwicklungsländern, vor allem aus Brasilien, ein. In den vergangenen 40 Jahren hat sich der weltweite Fleischverbrauch mehr als verdreifacht: von 78 Millionen Tonnen auf 250 Millionen Tonnen pro Jahr. Als weitere Faktoren für die Ernährungskrise werden meist angeführt: klima- und wetterbedingte Ernteaufschläge, nachlassende Produktivität, schlechte Ernten durch geringen Inputeinsatz, Bevölkerungswachstum, Verstädterung, Preisschwankungen, Wirtschaftskrise und Bürgerkriege.

**Marktöffnungsabkommen.** Im sogenannten Washington-Konsens von 1990 beschlossen Weltbank und Internationaler Währungsfonds, dass nur die Länder weitere Kredite erhalten, bei denen sich der Staat aus allen wirtschaftlichen Angelegenheiten zurückzieht. Das bedeutete Zollschränken müssen fallen, jegliche Fördermaßnahmen der eigenen Wirtschaft müssen beendet werden, Öffnung des Marktes für Erzeugnisse aus Gunstländern wie den USA und Europa. Diese Marktöffnungen und **Exportsubventionen** der EU zerstören in vielen Ländern die Agrarwirtschaft (Studien von Brot für die Welt, Misereor u.a.m.). Auf jedem afrikanischen Markt kann man heute Früchte, Gemüse und Geflügel aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien oder Portugal kaufen für die Hälfte des Preises, den die lokalen Produkte kosten. Ein paar Kilometer weiter rackert sich der afrikanische Bauer mit seiner Familie ab und hat nicht die geringste Chance, auf ein Existenzminimum zu kommen. Ghana hatte 1980 beispielsweise nur eigene Tomaten auf dem Markt. Schon 2005 war Ghana zum größten Importeur von Tomatenmark aus der EU geworden. Mit den von der EU subventionierten, holländischen Tomaten können die Bauern in Ghana nicht mithalten. Die einheimische Tomaten verarbeitende Industrie wurde zerstört. Von 1999 bis 2003 stieg der Reiskonsum in Ghana von 11 auf 21,6 kg pro Kopf. Im fast gleichen Zeitraum von 1998 bis 2005 ging die eigene Rohreisproduktion von 281.000 auf 237.000 to zurück und die Reisimporte stiegen von 250 000 auf 415 000 to. Gleiche Probleme gibt es bei Milch und Milchprodukten und bei Geflügel. Für Kreditgewährung wurden meist Marktöffnungsabkommen erzwungen. Die Folge aber war eine Zerstörung der eigenen Lebensmittelproduktion; die Entwicklung der eigenen Märkte wurde zunichte gemacht.

**Kapital sucht Anlagemöglichkeiten. Anleger entdecken den Boden** als gewinnbringende Ressource. Es kommt weltweit zu Landraub/**Landgrabbing**. Entwicklungsländer verpachten riesige Ländereien an überwiegend ausländische Staaten und Konzerne für einen langen Zeitraum. Traditionelle Landrechte und Gewohnheitsrechte, Sammelrechte von Frauen und saisonale Weidrechte werden übergeben. Vom Land lebende Kleinbauern, bei denen es nie

die Tradition des Privateigentums gab, werden vertrieben. Nur wenige erhalten schlecht bezahlte Arbeitsplätze bei den neuen Pächtern. Allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 wurde über 46,6 Mio. ha Land verhandelt; drei Viertel davon befinden sich in Afrika. Ausländische Staaten, z. B. China, bauen dort Lebensmittel an, die sie in ihre Länder exportieren, um unabhängiger vom Weltmarkt zu werden. Auf vielen Flächen werden auch Energie- pflanzen angebaut und als Agrotreibstoffe exportiert. Beispielsweise bot die äthiopische Regierung 3 Mio. ha fruchtbarstes Land zu Kauf oder Pacht an, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, die dort lebt. Als Investoren kommen Staaten wie Indien, Golfstaaten (Saudis), China, Südkorea, Ägypten, Dschibuti. 1000 ha Ackerland wurde an eine saudische Firma verkauft zum Anbau von Reis, Gemüse und Blumen für saudischen Markt; der Wasserverbrauch einer einzigen Farm ist so hoch wie 100.000 Äthiopier verbrauchen; Farmen müssen keine Gebühren für Wassernutzung zahlen. Mit Produktion und Export dieser Güter ist ein riesiger Verbrauch und Transfer von virtuellem Wasser verbunden. So wird Landgrabbing auch zum Wassergrabbing. In Madagaskar versuchte der südkoreanische Daewoo-Konzern 1,3 Mio. ha Land, mehr als die Hälfte der nutzbaren landwirtschaftlichen Fläche, auf Jahre zu pachten. Es gab riesige Proteste der Bevölkerung, die zum Sturz der Regierung führten. Der Pachtvertrag wurde schließlich annulliert. In Argentinien, Brasilien und Uruguay besitzt die Fa. Adecoagos (Anteilseigner ist Finanzinvestor Soros) 270 000 ha Land. Größter Landbesitzer in Argentinien ist das Modeunternehmen Benetton (960 000 ha) (Quelle: Inkota). Dies sind nur ganz wenige Beispiele der neokolonialen Aneignung von Land.

Eine weitere problematische Entwicklung: Die Politik der Weltbank fördert die Entwicklung westlicher Eigentumsvorstellungen. Land wird zur Ware. Die Vergabe individueller Besitztitel soll als Sicherheit für Kredite dienen, mit denen Bauern teure Pestizide, Saatgut und Düngemittel kaufen können. Die meisten überschulden sich und verlieren ihr Land. Nur wenige bringen es zum kommerziellen Farmer.

**Steuerflucht und illegale Kapitalexperte in gigantischem Ausmaß.** Das Südwindinstitut rechnet mit 64 - 120 Mrd. US-Dollar Steuerverluste in Entwicklungsländern; in der afrikanischen Union allein mit 22 Mrd. Dollar, die jährlich illegal Afrika per Kapitalflucht entzogen werden (mehr als die Hälfte der an Afrika gezahlten Entwicklungshilfe). In Steueroasen (wie Cayman-Inseln, Bahamas, niederländische Antillen, Costa Rica oder der Schweiz) ruhen laut Global Financial Integrity rund 10 Billionen Dollar, die findige Reiche aus aller Herren Länder der Besteuerung vorenthalten. Diese Steueroasen zu schließen wäre ein erster Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.

**Rückgang der Entwicklungshilfe.** Die Summe der Mittel aus den 23 Geberländern der 13 (OECD) ist in absoluten Zahlen gesunken, von 122,3 Mrd. US-Dollar (2008) auf 119,6 Mrd. US-Dollar (2009). Die Bundesregierung hat sich endgültig verabschiedet vom Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe auszugeben (bisher unerreichtes Ziel aller Bundesregierungen).

**Veränderte entwicklungspolitische Konzepte:** Das Machtgefüge in der globalen Zusammenarbeit verändert sich. Neue Akteure wie China (chinesische Süd-/Südkooperation) drängen ins entwicklungspolitische Feld. Die Busankonferenz 2011 bringt einen Paradigmenwechsel: Der Privatsektor wird umworben, damit er mehr Investitionen in Entwicklungsländer lenkt und künftig eine größere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielt (liberale Wirtschaftstheorien). Es kommt vermehrt zu einer Übertragung von Entwicklungsaufgaben an den Privatsektor durch Absicherung seines Investitionsrisikos und Hebelung über den Finanzmarkt. Busan geht von der Gleichung Wirtschaftswachstum ist gleich Entwicklung aus (Koreanisches Modell). Wachstum wird zum Ziel an sich. Soziale Gerechtigkeit und verteilungspolitische Maßnahmen stellen sich nach diesem Modell von alleine ein (Liberalismus). Alle „Brot für die Welt“ - Partner, die wir in Indien besuchten, versicherten dagegen, dass von der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens während der letzten 20 Jahre bei den Armen fast nichts angekommen ist. Generell wird die Bedeutung des Handels herausgestellt. Die Folge: Der Stellenwert der Menschenrechte sinkt; statt Festlegung bindender konkreter Indikatoren gibt es Freiwilligkeitsklauseln. Minister Niebels Entwicklungspolitik mit hohem Anteil an Bank- Krediten durch die KfW (Verschuldungsproblematik!) und Einbeziehung von Industrie- unternehmen lag auf dieser Linie.

**Fazit:**

Im Zentrum aller Krisen stehen die Finanzmärkte als Herzstück unseres Wirtschafts-systems. Sie müssten zumindest zurückgeführt werden auf ihre Aufgabe, Finanzen für die Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Langfristig bedrohen die Finanzströme mit ihren Renditeerwartungen auch die Mittelschichten in den wohlhabenden Ländern. Über eine Transaktionssteuer und ähnliche Maßnahmen sollten die den Globus umrundenden Finanzströme reduziert werden. Generell brauchen wir eine neue Wirtschaftsweise ohne höheren Ressourcenverbrauch. Eine Steuerpolitik sollte stärker belohnen, was dem Gemeinwohl dient und umgekehrt besteuern, was nicht dem Gemeinwohl dient. Im Vordergrund aller ökologischen Bemühungen müsste die Reduzierung des ökologischen

Fußabdrucks und klimaschädlicher Emissionen stehen. Wir müssen unseren Lebensstil ändern hin zu einer Ethik des Genug. Eine Große Transformation aller Bereiche steht an. Diese Transformation ist dringend, doch werden wir die Welt nicht auf einmal und nicht sofort „retten“. Einen einzigen richtigen Weg dorthin wird es nicht geben. Die Ängste der Bevölkerung vor Größe und Umfang kommender Veränderungen, Unsicherheit und Angst vor Statusverlust und Wohlstand, müssen ernst genommen werden. Im Sinne eines systemischen Denkens brauchen wir ein Reframing (ein Muster wird nicht nach der üblichen Sichtweise gedeutet, sondern Informationen oder Wege, die sonst eine eher untergeordnete oder gar keine Rolle spielen, werden einen höheren Stellenwert eingeräumt). Wir müssen auf diese Weise erreichen, dass Veränderungen nicht nur unter dem Aspekt von Verlust und Verzicht gesehen werden. Der Glaube, kann helfen, "gut leben" und "viel haben" zu unterscheiden und uns in eine „Ethik des Genug“ einzuüben. Um nicht an der Größe der Großen Transformation zu verzweifeln, ist die systemische Sicht hilfreich: kleine und größere Veränderungen an einzelnen Stellen haben Auswirkungen auf das Ganze und können Veränderungen in Gang setzen, die vorher nicht absehbar waren.

### **Wegmarken und Initiativen für eine Große Transformation**

#### **2008: Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. (ZD II)**

Die Studie gab einen wichtigen Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Sie verknüpft umwelt- und entwicklungspolitische Fragestellungen, Fragen des Lebensstils und Gerechtigkeitsfragen (Menschenrechte, Teilhabegerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit) mit ökonomischen Themen und kommt zum Ergebnis: Nachhaltige Entwicklung zielt auf einen grundlegenden Kurswechsel in allen Bereichen. Das Nachhaltigkeitsdreieck aus Ökologie, Sozialem und Ökonomie ist ein überholtes Denkmuster, weil wirtschaftlichen Interessen de facto Vorrang (als Wachstumsdiktat, als Standortpolitik oder shareholder value) vor den anderen Aspekten eingeräumt wird. Menschen- rechtliche Leitplanken und ökologische Begrenzungen müssen den Rahmen für ökonomische Ziele definieren und die Märkte so regulieren und stimulieren, dass sie sich am Gemeinwohl orientieren.

#### **2009: EKD-Denkschrift „Umkehr zum Leben“**

„Als evangelische Kirche sind wir davon überzeugt, dass zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels und für die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen ein einschneidender Mentalitätswandel in Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft nötig ist.“

**2010: Budapester Aufruf für Klimagerechtigkeit nach der Vollversammlung des ÖRK in Porto Allegre**

„I. Die Große Herausforderung verlangt den Großen Wandel („Great Transition“) Die Welt steht vor akuten Herausforderungen. Die globalen Auswirkungen des Klimawandels sind die größte Bedrohung der Zukunft unseres Planeten. Die Gleichzeitigkeit von Klimawandel, Grenzen fossiler Brennstoffe, Klimaflüchtlingen, Nahrungskrise, Wasserkrise, Energiekrise, Biodiversitätskrise und der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009, die die Schuldenkrise für Personen und Staaten vertieft, könnte ein Indikator dafür sein, dass das gesamte in Industrieländern vorherrschende System von Produktion, Konsum, Gewinnmaximierung, Armut und Umweltzerstörung in eine tiefe und offene Transformationskrise gerät. Die Gleichzeitigkeit dieser Krisen verlangt unverzügliches Handeln.“

**2011: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).**

Ein Beitrag zur Rio+20 Konferenz; Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation In der Zusammenfassung für Entscheidungsträger fordert der Wissenschaftliche Beirat der Regierung: „... . Bereits seit geraumer Zeit befindet sich das fossile ökonomische System international im Umbruch. Dieser Strukturwandel wird vom WBGU als Beginn einer „Großen Transformation“ zur nachhaltigen Gesellschaft verstanden, die innerhalb der planetarischen Leitplanken der Nachhaltigkeit verlaufen muss. ... .. **Es ist jetzt eine vordringliche politische Aufgabe, die Blockade einer solchen Transformation zu beenden und den Übergang zu beschleunigen.** (Hervorhebung von mir). Dies erfordert nach Ansicht des WBGU die Schaffung eines nachhaltigen Ordnungsrahmens... . Der WBGU zeigt im Gutachten explizit, dass die technologischen Potenziale zur umfassenden Dekarbonisierung vorhanden sind, skizziert Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für den Wandel und verdeutlicht, dass politische Instrumente für eine klimaverträgliche Transformation wohlbekannt sind. Der Beirat erläutert, dass die erforderliche Transformation tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammen-spiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft umfasst ...“ (S.1)

### **2011: Die Initiative „anders wachsen. Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum“**

Die 2011 von kirchlichen Mitarbeitern in Sachsen gegründete Initiative führt eine kirchliche Öffentlichkeitskampagne zum Thema "Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum", weil sich der Wachstumszwang in vielen Bereichen zerstörerisch auswirke.

### **2012: Transformationskongress**

Brot für die Welt, das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD, die F E S T, der Deutsche Naturschutzring (Zusammenschluss der Umweltverbände) und Gewerkschaften veranstalteten gemeinsam einen Kongress mit den Themen: Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten und Demokratie stärken. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem In- und Ausland diskutierten Auswege aus ökologischer Krise, Finanz- und Schuldenkrise, Ernährungskrise und Krise der Arbeit.

### **2012: Auswertungskonferenz Rio+20: Wie geht es weiter?**

"Wir sind überzeugt: Ohne einen nachhaltigen Lebensstil werden wir nicht zu der nötigen Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können", sagte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, bei einer Auswertungskonferenz in Berlin zum Erdgipfel Rio+20. Nicht zu handeln bedeute einen "kalten Krieg gegen die Armen" zu führen. Die Kirche wolle helfen, so der Ratsvorsitzende, den "gesellschaftlichen Druck aufzubauen, der dafür notwendig ist, dass politische Akteure die Größenordnung der Herausforderungen gebührend ernst nehmen und die politischen Rahmenbedingungen für einen Kurswechsel zur Nachhaltigkeit schaffen." Dabei helfe der Glaube, "gut leben" und "viel haben" zu unterscheiden und "uns in einer ‚Ethik des Genug‘ und in eine ‚Tugend des Maßhaltens‘ einzuüben", so der Präses.

### **2012: November-Synode der EKD: Beschluss zur kirchlichen Beteiligung am Prozess gesellschaftlicher Transformation – nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken**

Die Synode der EKD spricht sich dafür aus, den sehr breit geführten Transformationsdiskurs auf Schlüsselthemen nachhaltiger Entwicklung zu fokussieren und dadurch zu konkretisieren. Diese Schlüsselthemen sind: Wachstum und Wohlstand (Ethik des Genug, Verteilungsgerechtigkeit), Wirtschaft im Dienst des Lebens (Rahmenbedingungen für eine ökologische soziale Marktwirtschaft),



Nachhaltige Gestaltung der Energiewende und Gesellschaftliche Partizipation (Teilhabegerechtigkeit).

## **2012: Ökumenischer Prozess: Zum Leben umkehren – den Wandel gestalten**

Die Evangeliumsbotschaft eines Lebens in Fülle ermutigt in einer Zeit zahlreicher Bedrohungen zu einer Umkehr zum Leben, so die Initiatoren des Ökumenischen Prozesses. „Denn unser Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell, das auf ständiges Wirtschaftswachstum setzt, ist nicht zukunftsfähig. Der Klimawandel schreitet beängstigend fort. Die Ressourcenknappheit wird spürbarer. Die Ernährungs- und Finanzkrisen sind nicht überwunden. Und soziale Ungleichheit nimmt zu. Daher ist eine tiefgreifende Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen erforderlich“, erklären sie.

### **Die Träger des ökumenischen Prozesses:**

Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland 2. Bischöfliches Hilfswerk Misereor 3. Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst 4. Bund der Deutschen Katholischen Jugend 5. Caritasverband für die Diözese Limburg e.V. 6. Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 7. Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg 8. Diakonisches Werk Baden 9. Diakonisches Werk Bayern 10. Diakonisches Werk in Hessen und Nassau 11. Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt 12. Evangelische Kirche in Hessen und Nassau 13. Evangelische Kirche in Kurhessen-Waldeck 14. Evangelische Kirche der Pfalz 15. Evangelische Kirche im Rheinland 16. Evangelische Kirche von Westfalen 17. Evangelische Landeskirche Anhalts 18. Evangelische Landeskirche in Baden 19. Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern 20. Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland 21. Evangelische Mission in Solidarität, EMS 22. Gossner Haus Mainz – Arbeitswelt und Gerechtigkeit e.V. 23. Initiativkreis des Aufrufes für eine prophetische Kirche 24. Kairos Europa 25. Katholische Akademie Rabanus Maurus, Bistum Limburg 26. Katholische Sozialakademie Österreichs 27. Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt 28. Ökumenischer Trägerkreis Armut/Reichtum – Gerechtigkeit 29. Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik 30. Plädoyer für eine ökumenische Zukunft 31. Vereinte Evangelische Mission 32. Werkstatt Ökonomie

## **2013: ÖRK-Vollversammlung in Busan**

Durch das Studiendokument (Economy of Life, Justice and Peace for All) des AGAPE- Prozesses hatte der Ruf zur Transformation von Gesellschaft, Ökonomie und Denken einen zentralen Stellenwert in der Arbeit der Vollversammlung. Aufgerufen wurde zu einem ökumenischen Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden, der politisches Engagement, Spiritualität, Aktion und Reflexion verbindet.

## **2014: Interfaith Summit on Climate Change (New York)**

Christliche Organisationen (ACT Alliance mit Brot für die Welt) fanden sich in New York aus Anlass des UN Climate Summit mit muslimischen, hinduistischen, buddhistischen Netzwerken sowie den Netzwerken der indigenen religiösen Traditionen zusammen. Sie forderten gemeinsam eine globale Transformation zu einem ökologisch verantwortlichen Lebensstil.

Gemeinsames Kennzeichen der genannten Wegmarken ist: Wechselwirkungen von Ökologie,

Entwicklungsfragen, Gerechtigkeitsfragen (Menschenrechte, Demokratie, Verteilungs- u. Teilhabegerechtigkeit), Ökonomie und Lebensstilfragen (Ethik des Genug) formten die Einsicht: **Wir brauchen einen großen umfassenden Wandel, eine Umkehr, eine Große Transformation.**

**Allerdings gehen im Bereich Handel und Wirtschaft Lobbyverbände und einflussreiche Politiker weiterhin den gegenteiligen Weg: Sie versuchen in allen Bereichen Deregulierungen durchzusetzen, statt globale Regeln für Ressourcenschonung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte vertraglich zu vereinbaren und umzusetzen.**

## **Literatur in Auswahl:**

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main, 2008

Budapester Aufruf für Klimagerechtigkeit Armut, Reichtum und Ökologie thematisieren. Budapest, 12. November 2010. Auszug nicht-autorisierte Übersetzung: Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie e.V. Heidelberg, 15. November 2010

Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Welt im Wandel. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2011

Irene Knoke, Wer soll das bezahlen? Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise., Südwind-Studie 2010 Kairos Europa, Kurz und Knapp. Das internationale Finanzsystem. Funktionsmängel u. Reformbedarf, 2001

Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung, Weed-Broschüre 2011. Sie zahlen für unsere Krise. Folgen der Finanzkrise für die Länder der „Dritten Welt“ . Weed Unterrichtsmaterial, 2010

Antje Schneeweiß, Im Schatten der Krise, PPP, Südwind, 2011-13

Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? Die Ursachen der Finanzmarktkrise im Norden und ihre Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer, Südwind Bd. 9, 2010.

Von der Finanz- zur Hungerkrise. Wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ernährungssicherheit auswirkt und wo politisches Handeln möglich ist., Brot für die Welt aktuell, 01

Die Macht der Finanzindustrie. Hohe Renditen und schwache Reformen. Sümlink 163. Nord-Süd-Magazin von Inkota, März 2013. Peter Wahl, Das Kasino ist wieder in Betrieb., ebda. S. 12ff. Martin Ling, Geier kreisen über dem Süden. Hedgefonds machen nicht nur Argentinien zu schaffen, ebda. S. 19ff. Pia Eberhardt, Hohe Rendite durch Investorklagen, S. 26.

venro, Deine Stimme gegen Armut, 1/2014

Franz Segbers, Nachfolgepraxis und Kirchesein im Kapitalismus, In: Junge Kirche, 1/13, S.7 ff

Die Entschuldung und Erneuerung der Gesellschaft. "Ökonomie des glücklichen Lebens" (3/3) - Vom ethischen Umbau der Wirtschaft. Der Ethnologe David Graeber im Gespräch mit

Stefan Fuchs., Dlf , Essay und Diskurs, 30.06. 2013

Peter Lanzet, Geopolitik und Finanzkrise verändern die Entwicklungsarchitektur. Einschätzung des Vierten Hochrangigen Forums über Effektive Entwicklungszusammenarbeit in Busan, Süd Korea, 29.11. -1.12.2011 aus zivilgesellschaftlicher Perspektive , pdf, EED 12.12.2011

Tobias Reichert, Silke Spielmans, Carolin Mengel, Michael Frein und Kerstin Lanje, Entwicklung oder Marktöffnung? Kritische Aspekte in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern. Finanzwatch, pdf,

Wie ein Riß in einer hohen Mauer, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt und Wirtschaftskrise, EKD-Texte 100

Wolfgang Kessler, Geld regiert die Welt. Wer regiert das Geld? Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, 1/2011,

Markus Henn, Referent für Finanzmärkte, Steueroasen und Schattenfinanzplätze Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED Präsentation, Juli 2013

Pedro Morazán, Von der Krise gleich mehrfach getroffen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Entwicklungsländer, Forum Weltkirche 1/2012, Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene/Siegburg, pdf,

Heimo Claasen, Ein dickes Geschäft für die Schiedsrichter. Die EU setzt auf ein zweifelhaftes Verfahren für Investitionsschutz. In: Welt-Sichten, 4/ 2013

Rainer Falk, Baustellen der Globalisierung. Geierfonds / Argentinien Zeit und Prestigegewinn, Heinrich Böll Stiftung, 18.12.12

Nachhaltige Handelspolitik statt TTIP. Brot für die Welt aktuell 39, pdf, Mai 2014 Zacharias Zacharakis, TTIP Ein Freifahrtschein für Lobbyisten. Zeit online, 05.06.2014

Thomas Fritz, TTIP vor Ort. Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen im Auftrag von campact, 2014

Dr. Stephanie Scholz, (Referentin für Europapolitik/Europarecht bei der Diakonie Deutschland, Berlin) .Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Problemanzeige für Erbringer und Nutzer von sozialen Diensten; pdf, Sept. 2014

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Kernpositionen der Freien Wohlfahrtspflege pdf, 17.09.2014

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen? ifo Institut - Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung 2013, pdf., [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

“Investing not betting” download Finance Watch’s position paper on MiFID II .Date published: 24 April 2012

[www.erlassjahr-blog.de/blog/.../schuldnerstaaten](http://www.erlassjahr-blog.de/blog/.../schuldnerstaaten). Schuldnerstaaten vor dem Kadi. Wie oft. Wann. Warum. Eine neue Studie gibt Hinweise,25.03.2013

Enderlein, H., J. Schumacher, C. Trebesch, Sovereign defaults in Court. The Rise of Creditor Litigation 1976- 2010, Studie, Erlassjahr

Peter Lanzet (EED); Carolin Callenius, Thorsten Göbel, Dr. Bernhard Walter, Michael Windfuhr (Brot für die Welt), Von der Finanz- zur Hungerkrise. Wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ernährungs-sicherheit auswirkt und wo politisches Handeln möglich ist. aktuell 01, pdf

"Financing for Sustainable Development in the Future". Positionspapier 2/2014, hg von VENRO und PARTOS

Zahlen, Fakten und Daten zum Thema Ernährung und Hunger. Niemand isst für sich allein. Brot für die Welt, pdf, Stand: Okt. 2010

Dr. Klaus Seitz, Vorrang für Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung. Stellungnahme anlässlich der Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags am 16. Juni 2010 zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, Brot für die Welt, Stuttgart

Venro Positionspapier 1/2014. Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015

Antje Paulsen, Finanzspekulationen verschärfen den Hunger, Brennpunkt, Nr. 20 /2011 , Welthungerhilfe Bass, H. (2011): Finanzmärkte als Hungerverursacher? Studie der Hochschule Bremen.

(Im Auftrag der Welthungerhilfe). Download: <http://www.welthungerhilfe.de/nahrungsmittelstudie2011.html> Jean Ziegler, Wir lassen sie verhungern: Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. Bertelsmann 2012

Jean Feyder, Mordshunger: Wer profitiert vom Elend der armen Länder? Westend 2010

Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren. Foodwatch Report 2011, pdf

20120511\_mit-essen-spielt-man-nicht. Die deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger, Oxfam, pdf

Brief zu Nahrungsmittelspekulation an deutschen Vertreter in Brüssel. 15.05.2013: Sieben Organisationen fordern den Vertreter von Deutschland beim Europäischen Rat dazu auf, Nahrungsmittelspekulation bei der EU- Finanzreform weiter im Auge zu haben. WEED Brief AStV MiFID, Mai 2013, pdf

Nahrungsmittelspekulation, Publik Forum 13-12

Fact-Sheet zur Nahrungsmittelspekulation. Die „Finanzialisierung“<sup>1</sup> der Agrarrohstoffmärkte, pdf, Oxfam Deutschland

Milchdumping in Kamerun. Milchpulver aus der EU gefährdet die Absatzmärkte und die Existenz von Milchbäuerinnen und -bauern in Kamerun. Brot für die Welt aktuell 02, pdf

Klemens van de Sand, GERMANWATCH-TRENDANALYSE ZUR GLOBALEN ERNÄHRUNGS- SICHERUNG 2010, trendern, pdf,

Palmöl: vom Nahrungsmittel zum Treibstoff? Entwicklungen und Prognosen für ein umstrittenes Plantagenprodukt; Brot für die Welt, VEM Analyse 20 Palmöl Studie

Dr. Rudolf Buntzel, Sabine Hupp, Francisco Mari, Stig Tanzmann, Dr. Bernhard Walter, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union 2013. Entwicklungspolitische Beiträge zur Stärkung der internationalen Verantwortung europäischer Landwirtschaftspolitik. Brot für die Welt, eed, pdf

Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik. Gemeinsames Papier von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz. April 2010, Germanwatch 2010, pdf

Tobias Reichert, Germanwatch (Exportbeispiele: Kerstin Lanje, Armin Paasch) Wer ernährt die Welt? Die europäische Agrarpolitik und Hunger in Entwicklungsländern. Misereor-Studie. Jan.2011, pdf

[Sven Hilbig](#), Das Nagoya-Protokoll auf dem Prüfstand - Legalisiert die Europäische Union Biopiraterie? HTML- Document, 16.05.13, Brot für die Welt

Nagoya Protocol on Access to Genetic Resources and the Fair and Equitable Sharing of Benefits Arising from their Utilization – Background and Analysis’ Studie, Brot für die Welt u. a.

Greenpeace, Misereor, Biopiraterie: Raub der biologischen Vielfalt, 8/2003, pdf, Artensterben, greenpeace magazin, 1.05

Stefan Rother, Das Global Forum on Migration and Development, Steuerung von Migration oder Beteiligung von Migrantinnen und Migranten? pdf Aktuell 34, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.,

Warum ein 30%-EU-Klimaziel für 2020? pdf, Klima-Allianz

Umweltfreundlich aus der Schuldenfalle. Subventionsabbau zugunsten von Klima und Staatshaushalt, BUND, Juli 2010, pdf

Landrechte Auf unsicherem Boden. Welt-Sichten, Magazin für globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit , Oktober 2013

Dieter Weber